

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1935

49 (25.4.1935)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-897099](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-897099)

Nachrichten

für Stadt Eilsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle von unerschulderten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung, Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag, vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen am Tage vorher erbeten. Bei Konkursverfahren oder Zwangsvergleichen wird etwa bewilligter Nachschuß hinfällig.

Bezugspreis mit der Beilage „Heimat und Welt“ monatlich 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld, Einzelpreis 10 Pfsg. D. III 35: 539. Druck und Verlag: E. Jitz, Eilsfleth. Druck- und Verlagsnummer: S. Jitz, Eilsfleth. Grundpreis: Die 46 mm breite Anzeigenzeile 4 Pfsg (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreisliste 2, Nachschußklasse A), die 90 mm breite Textzeile 20 Pfsg. Verantwortlicher Anzeigenleiter: E. Jitz, Eilsfleth. Für durch Fernsprecher aufzugebende Anzeigen kein Einpruchsrecht. Schließjahr 17.

Nr. 49

Eilsfleth, Donnerstag, den 25. April

1935

Flimmerpolitik

Die deutsche Antwort an die Entschließungsmächte des Völkerbundes ist von vorbildlicher Kürze. Kürze ist nicht nur die Würze des Witzes; sie ist auch die Zwillingschwester der Bestimmtheit. Die Einpruchschrift der deutschen Regierung stellt das Hauptproblem hin und rückt alle Einzelheiten zur Seite. Gerade darum wird den im Völkerbunde vertretenen Mächten, die wir als Richter ablehnen, die Verantwortung für die Fortführung der Politik zugeschoben, die — wie man sagt — mit der Londoner Erklärung vom 3. Februar eingeleitet worden ist. Deutschland, das mit seiner Erklärung vom 12. April die Situation im Streife wesentlich erleichtert hat, kann jetzt von sich aus keine Verhandlungsbereitschaft nicht noch einmal unter Beweis stellen. Das ist auch deshalb unmöglich, weil die Signatarmächte von Memel ihre moralischen und rechtlichen Verpflichtungen nur sehr zögernd erfüllen. Sie haben sich darauf beschränkt, die litauische Regierung zur genauen Einhaltung des Memelstatutes aufzufordern. Diese Formulierung ist bedauerlich. Noch in der letzten Zeit war in einer ähnlichen Aufforderung das Wort „unverzüglich“ eingeschaltet. Jetzt wird der neue Hinweis auf die Notwendigkeit, das Memelstatut zu beachten, in das zeitliche Ermessen von Kowno gestellt.

Zu Ostern war auch Fürst Starobinow beim Duce, um, wie es heißt, die (österreichische) „Reichs-Verweigerung“ bis zur Lösung des Habsburger Problems zu beantragen. Der polnische Außenminister Beck hat den italienischen Unterstaatssekretär Guicchi in Venedig gesehen. Das Datum der römischen Konferenz steht noch nicht fest. Die Erklärungen des österreichischen Außenministers über die Wiedereröffnung lauten optimistisch; sie sind aber auch, soweit Defferre in Frage kommt, nicht erschöpfend; über die Wiedereröffnung Ungarns und Bulgariens, gegen die sich die besonders Widerstände der Kleinen Entente richten, sagen sie gar nichts aus. In Bulgarien war eine Kabinettskrise ausgebrochen, deren inzwischen erfolgte Lösung vielleicht eine Klärung der innerpolitischen Machtpositionen der Krone, der Armee, der Bauern, der Intellektuellen und der alten, jetzt verbotenen Parteien bringen wird.

Die internationale Presse macht einiges Aufsehen von der vorläufigen Verzögerung, die die Paraphierung des sowjetisch-französischen Militärbündnisses erfahren hat, und von der plötzlichen Rückkehr Litwinows nach Moskau. Die Sowjets können die gegenseitige Militärisierung gar nicht „automatisch“ genug haben und „wünschen“ außerdem hohe und langfristige Kredite. Die Franzosen legen demgegenüber Wert auf die Behauptung, daß die neue Allianz im Rahmen des Völkerbundes und des Locarno-Vertrages stehe, und stellen außerdem manche Brechenfrage über die kommunistische Propaganda in den Beamtensorganisationsstellen in ihrem Heer. Es mag auch um diese Punkte gehen, wenn die kritisch verteidigten Argumente sind. Bedeutungslos erscheint das Grundproblem, wer wem folgen soll: Die Sowjets Frankreich oder Frankreich den Sowjets. Da neben das die Sorge Kanals mitzählen, nicht in einen Anwerbskonflikt der Sowjets mit Japan hineingezogen zu werden. Aber das sind nur Schmelzerien der Brautzeit; dieses Pärchen ist kompromittiert, es muß heiraten.

Eine in Deutschland vielfach wenig beachtete Episode auf der Tagung des Völkerbundes kann in einem allmählichen Ablauf der Dinge in Europa noch von einiger Bedeutung werden. Der türkische Außenminister Tewfik Rifkati Aras, der ausgerechnet den Vorsitz im Völkerbundsrat führte, verlangte die Beistimmung der Klausein des Lausanner Friedensvertrages, die die Entmilitarisierung der Dardanellen vorschlag; Litwinow sekundierte ihm nachdrücklich. Und das alles in der Debatte über die Entschließung, die Deutschland „verurteilt“: Die englische Presse stellt erbittert fest, daß der Lausanner Vertrag im Gegensatz zu den Diktatierträgen von Versailles, St. Germain, Trianon und Neuilly auf einem freien Uebereinkommen beruhe. Es handelt sich in dieser Frage um die alte Stofflinie des Jazismus auf den englischen Mittelmeerraum nach Indien. Die Seefandantendienste Litwinows sind eine anschauliche Ergänzung zu der bei Odessa Beluch in Moskau gefallenen Bemerkung Stalins, wie wunderbar es doch sei, daß ein so kleines Land wie England so viele Völker beherrsche. Die „Times“ schreiben zu dem Thema: „Diese Frage betrifft nicht nur Rußland, die Türkei und die Mittelmeerländer; sie betrifft jeden Staat von Deutschland bis zu Bulgarien... Es gibt keinen Grund, warum die allgemeine Aufregung über Deutschlands Wiedereröffnung die Mächte zu einer Wenderung veranlassen sollte, die eines Tages bedeuten könnten.“

Nun, das ist eben die Folge jener englischen Flimmerpolitik, die den griechischen Zusammenbruch in Kleinasien unverdächtig hat, die wir im Kampf um Oberschlesien erlebt haben und die auch in diesen Tagen vor unseren Augen ein unruhiges Spiel spielt.

Litwinow schmollt

Die Schwierigkeiten der sowjetisch-französischen Verhandlungen.

Paris, 24. April.

Der Bericht des sowjetischen Außenministers Litwinow auf die geplante Reise nach Paris und seine direkte Rückkehr von Genf nach Moskau hat der Öffentlichkeit bei der Länder Gelegenheit zu Betrachtungen über die schwerwiegenden Verhandlungen gegeben. Aus Moskau wird eine „Tatsache“ verbreitet, in der es heißt: Die Abreise des Außenministers Litwinow aus Genf habe durch ihre Verpflichtung in allen internationalen Kreisen den größten Eindruck gemacht.

Man sei geneigt, die Abreise auf die Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen, die die endgültige Fassung des französisch-sowjetischen Pakt hervorgebracht hat. Caval habe die Auffassung der französischen Regierung verteidigt, wonach gemeinsame Aktionen gegen einen Angreifer erst nach einer Prüfung des Streitfalles durch den Völkerbundsrat möglich seien. Demgegenüber habe Litwinow einen sofortigen Einmarsch verlangt und es auch abgelehnt, in eine Frist von 48 Stunden einzuwilligen.

In Paris wollen die Gegner der Rußlandpolitik der französischen Regierung in den in Moskau ausgegebenen halbamtlichen sowjetischen Verlautbarungen über die „Aushebung der französisch-sowjetischen Raktverhandlungen“ den Beweis erbringen, daß es sich nicht um, wie man von amtlicher französischer Seite zu verstehen gegeben hat, um geringfügige Schwierigkeiten handele, sondern um tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten, bei denen die Sowjets sogar alterhand Druckmittel nicht verabsäumen.

„Sowjetrußland verachtet“, schreibt „Le Jour“, „aus Furcht vor einem Bruch eine Erpressung. Im letzten Augenblick hat man in Frankreich festgestellt, daß die Sowjetunterhändler den Fakt nicht so auslegen wie wir. Local, der sich nur gewohnenmaßen mit dem Grundfals einer Verständigung abgefunden hatte, ist in zwei Vorbehalten fest geworden.“

Kein automatisches Inkrafttreten unserer Verpflichtungen gegenüber Moskau und festes Versprechen, daß die kommunistische Propaganda in Frankreich eingestellt und nicht mehr von den Sowjets unterstützt wird. Beide Einschränkungen haben den Sowjets mißfallen. Die Vertagung der Verhandlungen gibt uns jedenfalls willkommene Gelegenheit, etwas eingehender über die an uns gerichteten Forderungen nachzudenken. Wenn Caval gegenüber der Tzele fest bleibt, die Flamin, Herriot und Marin verteidigen, dann hat er zweifellos recht. Die französische Öffentlichkeit weiß so gut wie nichts von dem, was in Moskau und anderwärts zumangebraut wird. Wenn sie über das Abkommen befragt werden würde, würde sie glatt antworten: Nein.“

Das „Journal“ hält es für ein besonders bedauerliches sowjetisches Manöver, in dem Augenblick, in dem die Vertagung der Verhandlungen angetündigt wird, in die französische Presse ein sogenanntes deutsch-polnisches Geheimabkommen zu lancieren, das nicht anders als „apokryph“ bezeichnet werden könne. Die Franzosen würden jedenfalls daran ermahnen können, was derartige Methoden zur Herstellung eines Ausgleiches wert seien. Untröstlich bleibt die „Cie Nouvelle“ bei dem Gedanken, daß Ferriots Lieblingsplan eines französisch-sowjetischen Bündnisses vielleicht doch noch scheitern könnte.

„Eine europäische Politik“

Von den spanischen Zeitungen weiß „El Debate“ unter der Ueberschrift „Eine europäische Politik“ in einem Leitartikel auf die große Gefahr einer Politik hin, die sich vollständig unter sowjetischen Einfluß stellt. Die Sowjets zielten auf einen französisch-sowjetischen Pakt auf militärischer Hilfeleistung ab, der die Entscheidung über die Schuld kriegerischer Aktionen dem freien Ermessen der beiden Regierungen anheimstellte. Das sei also ein Bündnis über den Kopf des Völkerbundes hinweg, das im gegebenen Falle auch den Genfer Entscheidungen zumiderlaufe. Ganz Europa laufe Gefahr, sich zum Verteidiger eines kommunistischen Staates aufzuplücken, wenn die in Paris aus der Taufe gehobene und in Genf gelegene Politik in derselben Bahn weiterlaufe wie bisher. Es sei geradezu lächerlich, daß Litwinow zum Beschützer der europäischen Ordnung erhoben werde. Der Bolschewismus habe „verfassungsmäßig“ die Mission, den taufendjährigen Bestand der europäischen Völker zu vernichten. Er sei die einzige Regierungsform, die in Form des kategorischen Imperativs vom Menschen verlange, mit allem zu brechen, was ihn geistig mit der christlichen Zivilisation Europas und Amerikas verbinde.

Um das Recht des Memellandes

Litauen über den Schritt der Signatarmächte.

Kowno, 24. April.

Die litauische Telegraphenagentur veröffentlicht über den Schritt der Signatarmächte bei der litauischen Regierung wegen der Nichteingehaltung des Memel-Statutes folgende Mitteilung:

„Die Kownoer Vertreter Englands, Italiens und Frankreichs überreichten am 19. April der litauischen Regierung eine Note, in der die Besorgnis ihrer Regierungen über die Lage im Memelgebiet zum Ausdruck gebracht wurden. In der Note wird anerkannt, daß die litauische Regierung bei der Bildung des Direktoriums im Memelgebiet zweifelsohne auf Schwierigkeiten gestoßen sei und ebenso, daß die Voraussetzung für ein reibungsloses Funktionieren des Memel-Statutes der Geist einflussvoller Lokalität sei. Schließlich wird die litauische Regierung in der Note auf die Notwendigkeit einer Regelung der Beziehungen zwischen Direktorium und Landtag aufmerksam gemacht.“

Wie verlautet, enthält die Note der Signatarmächte diesmal u. a. auch in entscheidender Form den Hinweis, daß sich die Signatarmächte bei Nichtbeachtung ihres Schrittes veranlassen sehen würden, die Angelegenheit auf Grund des Artikels 17 des Memelabkommens dem Völkerbundsrat zur Entscheidung zu unterbreiten.

Deutschlands Rechtsanspruch

Eine bemerkenswerte Rede Hendersons.

London, 24. April.

Auf einer Versammlung des Völkerbundesvereins in Scarborough hielt der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, eine Rede, in der er sagte, die jetzige Lage sei ernst, aber er glaube nicht, daß der Krieg unmittelbar bevorstehe oder unermesslich sei. Bedauerlicherweise zeigten Europa und andere Teile der Welt Merkmale eines Zurückgleitens in dieselben Kräfte von Politik, die zu der Weltkatastrophe von 1914 geführt hätten. Der Preis des Friedens sei in der Völkerbundsdebatte niedergelegt.

Der erste grundlegende Gedanke der Sanktion sei, daß irgendein Krieg oder eine Drohung mit Krieg den ganzen Völkerbund angehe. Der zweite Grundfals sei, daß die Nationen unter allen Umständen ihre Streitigkeiten in irgend einer Form einer friedlichen Schlichtung unterwerfen müßten. Der dritte sei, daß ein Zurückgreifen auf den Krieg ein so schweres Verbrechen gegen die internationale Gemeinschaft darstelle, daß sämtliche Nationen verpflichtet seien, vorzugehen und alle Beziehungen zu dem Angreifer abzubrechen. Der vierte Grundfals sei die Verpflichtung, die Rüstungen zu vermindern und auf den niedrigsten Stand zu begrenzen, der mit der nationalen Sicherheit und der Durchführung internationaler Verpflichtungen verträglich sei. Allerdings sei es nicht überraschend, daß Regierungen, bevor sie bei der jetzigen Lage Verminderungen zustimmen, Garantien forderten.

Die Ereignisse im Fernen Osten seien zum großen Teil schuld an dem Beginn des neuen Weltkriegs. Es dürfe auch nicht vergessen werden, daß man verkannt habe, das in den Friedensverträgen eingeschlossene Versprechen gegenüber Deutschland zu allgemeiner Verminderung und Begrenzung der Rüstungen auf der Grundlage eines starken kollektiven Systems rechtzeitig einzufügen.

Heute gebe es zwei Stromzentren, eines im Fernen Osten und eines in Europa. Der Frieden sei unteilbar und jeder Versuch, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens zu teilen, sei eine Aufforderung, die Völkerbundsdebatte zu verlegen und die Tür für einen Krieg in Europa zu öffnen. In einen solchen Krieg würde England bestimmt hineingezogen werden. Die Engländer hätten also ein überwältigendes Interesse an dem Erfolg des Versuches, die Gleichberechtigung Deutschlands innerhalb des Rahmens eines allgemeinen Sicherheitssystems zu stande zu bringen.

Verrechnungsabkommen mit der Schweiz

Berlin, 24. April.

Das Abkommen über den deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehr vom 26. Juli 1934 nebst Zulagevereinbarung vom 8. Dezember 1934 ist durch ein neues Abkommen über den deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehr ersetzt worden. Der Abschluß des neuen Abkommens ist mit Rücksicht auf den Rückgang des Ueberflusses der deutschen Ausfuhr nach der Schweiz notwendig geworden. Die Schweiz hat sich dafür entschieden, den Kapitaldienst vorübergehend zurückzustellen und den Warenverkehr zwischen beiden Ländern aufrechtzuerhalten. Hierbei nimmt die Schweiz eine Veränderung ihrer Warenausfuhr nach Deutschland auf 13 Millionen Schweizerische Franken im Monat auf sich. Die Steigerung der deutschen Ausfuhr nach der Schweiz liegt im Interesse beider Länder, da nur auf diesem Wege der Transfer des Kapitaldienstes gesichert werden kann. Die Schweiz hat deshalb für die deutsche Warenausfuhr neue Zugeständnisse gemacht.

Die wesentlichen Ergebnisse des Abkommens sind: Verhinderung einer weiteren deutschen Warenverschuldung und die Ermöglichung einer gesteigerten deutschen Warenausfuhr, die langfristige Fundierung derjenigen Vermögenserträge, die bei dem gegenwärtigen Stand des Warenverkehrs zwischen beiden Ländern nicht transferiert werden können, und die Sicherung eines freien Reichsanfahndos zur Bezahlung der Rohstoffe, die in der deutschen Warenausfuhr nach der Schweiz enthalten sind. Das neue Abkommen tritt am 1. Mai 1935 in Kraft.

* Die Rüdeler der Elstflether Stürche wurde an folgenden Tagen beobachtet: Wehrder-Hogentkamp 30. März und etwa 13. April, Cienen 10. April, Fünfhausen und Oberhammelwarden 12. April, Walfenstraße und Steinstraße Nr. 41 13. April, Reuensele 15. April, Steinstraße Nr. 25 17. April. Das Nest bei Vornortshof wurde seit dem 28. Februar wiederholt von einem Storch besucht, wahrscheinlich demselben, der während der Wintermonate hin und wieder in der Nähe von Elstfleh gesehen wurde; der zweite traf hier am 14. April ein, Wehrder (Wardenburg) 20. April. Auf dem Elstflether Sand wurde in den Osterferien eine künstliche Nistgelegenheit auf einem Baum geschaffen und von den Störchen sofort angenommen. Zur selben Zeit fanden an der ehemaligen Niststätte in Oberrege Kämpfe statt; zu einer Wiedereinrichtung des Nestes ist es hier leider noch nicht gekommen.

* Elstflether Jungflieger beim Modellwettbewerb auf dem Jth. Am dem Ostern auf dem Jth ausgelegenen Modellwettbewerb der Fliegerlandesgruppe IV nahmen auch Jungflieger der hiesigen Jungfliegergarde unter Führung ihres bedächtigsten Bauleiters Rowold teil. Mit der Jugend eigenen Begeisterung für das Flugwesen, hatten die Jungen Tag für Tag an der Fertigstellung ihrer Modelle gearbeitet — da das Tageslicht nicht ausreichte, mußte manche Nacht mit einer Fackel genommen werden. Es wurde geschafft. Wer einmal dem Modellbau zugehört oder selbst daran teilgenommen hat, kann ersehen, wie ungenügend Kleinartbeit hier zu leisten ist. — Am Karfreitag wurden die Modelle an der Raje eingeflogen; eine interessierte Menschenmenge hatte sich zu diesem Schauspiel eingefunden und folgte gespannt den Flügen der schnittigen Modelle. — Nun konnte es losgehen! Pünktlich traf die kleine Gruppe auf dem Jth ein. Nachdem die Modelle mit den Startnummern versehen waren, wurde mit den Leistungsflügen begonnen, und schon am ersten Abend gingen die Modelle mit 40 Sekunden auf Strecke. Hoffnungsfull ging es am nächsten Tage in den eigentlichen Wettbewerb. Noch bis Mittag lag das „Gentisch“-Modell der Elstflether Jungflieger mit 32 Sekunden und 1500 Meter Strecke in sicherer Führung. Über der Wettergott hatte es anders bestimmt. Der Wind flaute ab und so kamen die „Hoffi-Winter“-Modelle in Führung, die sie nicht mehr abgaben. Aber ganz ohne Preis sollte es doch nicht nach Hause gehen, das kleine „Babi“-Modell hatte mehr Glück gehabt und konnte deshalb mit einem Preise ausgezeichnet werden. „Müchtes mal schaffen wir's“ das ist die Meinung der Jungen, und deshalb wurde mit der Arbeit sofort wieder begonnen.

* Versammlung der NS-Frauenchaft. Die NS-Frauenchaft hielt in Geislers Hotel ihre Monatspflichterversammlung ab, an der auch die neugeworbenen Mitglieder teilnahmen. Die durchgeführte Werbetätigkeit hatte auch hier einen großen Erfolg, annähernd 200 neue Mitglieder sind der hiesigen Ortsgruppe beigetreten. Die Ortsgruppenleiterin begrüßte insbesondere die neuen Mitglieder und forderte sie auf zu reger Mitarbeit an allen Aufgaben, die im neuen Reich der deutschen Frau zugewiesen sind. — Sie gedachte ferner des Geburtstages unseres Führers und Reichskanzlers. Anschließend sprach Fräulein Hartzog in feierlicher Weise über das Leben unseres Führers. Am Schluß der Veranstaltung wurde noch auf die am kommenden Donnerstag in Elstfleh stattfindende Wanderausstellung „Wir fügen deine Ernährung“ hingewiesen.

* Feldsalat. In der Kriegszeit wurden vielfach mildwachsende Pflanzen als Gemüse und Salat empfohlen. Unrichtige Zubereitung und die Knappheit an den erforderlichen Zutaten mögen daran schuld sein, daß das Urteil über diese „Notgemüse“ nicht immer lobend ausfiel. Dagegen dürfte es dem Feldsalat oder Kapuziner nicht schwer fallen, die Gunst auch des Feinschmeckers zu gewinnen. Die Pflanze wächst an Grabenrändern und Hecken, bei Elstfleh besonders am Deich und Bahndamm oft in Menge. Die fast kahlen (unbehaarten) Blätter können halbfingerglang werden, sind augen- oder spatelförmig, d. h. nach dem abgerundeten Ende hin allmählich verbreitert, und sitzen, da der Stengel der Pflanze um diese Jahreszeit noch so kurz ist, daß man ihn kaum sieht, in einem Büschel zusammengedrängt. An ihrer Unterseite bildet die Mittelrippe eine scharfe Kante. — Die Zubereitung geschieht wie bei anderem Salat mit Essig oder Zitronensaft, Öl und Zucker. Durch Zugabe von etwas Sahne kann man den Geschmack noch verbessern. Wichtig ist, daß das frische Grün, das man auch ohne jede Zutat genießen kann, dem Körper das Vitamin C zuführt. Von den seit ein paar Jahrzehnten als lebensnotwendig bekannten Ergänzungsstoffen ist dies der einzige, dessen Beschaffung durch andere Nahrungsmittel im März und April auf Schwierigkeiten stößt, weil er gegen Einkochen und Trocknen besonders empfindlich ist.

* Uchtet auf gefärbte Krähen! Unterfützt die Vogelzugforschung. Zur Zeit werden am Kurischen Haff von der Vogelwarte Rossitten Nebelkrähen eingefangen und auf schnellstem Wege nach Flensburg gebracht, wo sie zur Auslassung kommen. Diese Krähen sind mit den bekannten Rossitten-Krähen getrennt und außerdem durch Buntfärbung der sonst grauen Teile von anderen Krähen unterschieden. Dieser Versuch soll Aufschluß schaffen über die Art und Weise, wie sich diese aus den baltischen

Für die Hausfrau. „Wir fügen deine Ernährung.“ Wanderausstellung in Geislers Hotel.

Auf die heute nachmittag und heute abend in Geislers Saal stattfindende Wanderausstellung weisen wir nochmals hin. Die Vorbereitungen hat die NS-Frauenchaft übernommen und durchgeführt. In den letzten Tagen sind zahlreiche Speisen und Gerichte zubereitet worden, die auf zweckmäßig gedeckten Tischen ausgestellt sind. Es werden auch Kostproben gereicht. Den Hausfrauen wird empfohlen, im Interesse einer schnelleren Abwicklung einen Teelöffel mitzubringen.

- Es sprechen auf der Ausstellung: 1. der Vertreter des Reichskommissars für Marktregelung, 2. eine hauswirtschaftliche Lehrerin.

7 Millionen für das Winterhilfswert

Das Ergebnis des Winterhilfswertes im Gau Weiser-Ems Das Winterhilfswert des deutschen Volkes war auch im Gau Weiser-Ems von einem gemaltigen Erfolg begleitet. Hunderttausende von Volksgenossen als Spender und 8000 ständige Helfer sowie 12 000 gelegentliche Helfer der NSV als Sammler haben an Geld- und Sachspenden 7 Millionen aufgebracht. Alle Gliederungen der Bewegung, die Polizei, die Feuerwehren, der WSA und sonstige Organisationen haben sich unermüdet eingesetzt, diesen Betrag zusammenzubringen. Die Jäger haben 5300 Stück Wild zur Verfügung gestellt. An WSA-Mitgliedern sind in den sechs Monaten im Gau insgesamt 1,6 Millionen Reichsmark verkauft worden. Ueber 220 000 Volksgenossen erwarben monatlich die WSA-Plakette.

Im einzelnen sind an Sachspenden aufgefunden: 190 000 Zentner Kartoffeln, 110 000 Zentner Getreide, 20 000 Zentner Mehl, 160 000 Zentner Sorf, 130 000 Pfund Fett, 50 000 Dosen Konerven, die von den Spendern selbst eingemacht wurden. Durch Hinzukaufen von Kartoffeln, Brennstoffen ist die Menge der zur Verteilung gelangten Spenden teilweise jedoch wesentlich höher. U. a. konnten monatlich auch über eine Million Liter Milch zum verbilligten Preis von 12 bis 16 Pfennig je Liter ausgegeben werden. Ferner gelangten Wäsche, Kleidung und dergleichen zur Verteilung.

Weiter gelangten zur Verteilung Wäsche, Kleidung und Schuhe. Zur Verarbeitung der bereitgestellten Stoffe standen 287 Nähstuben der NSV zur Verfügung, in denen die unterführten Volksgenossen auf dem Weg der Selbsthilfe unter sachmännlicher Anleitung sich Kleidung, Wäsche u. a. herstellten. Daneben war noch eine Reihe von Nähstuben der NS-Frauenchaft für diese Zwecke zur Verfügung.

Was jeder Volksgenosse über die Schwarzarbeit wissen muß:

Von der Reichsgruppe Kaufmännisches Hilfsgewerbe in der NSG Handel der DAF wird uns mitgeteilt: Jedes Gewerbe, soweit es im öffentlichen Interesse liegt, hat keine Erlösebeteiligung. Der Gewerbetreibende hat dem Staat seine Steuern zu bezahlen und dafür läßt der Staat dem Gewerbetreibenden seinen Schutz angedeihen, ohne selbstverständlich in den freien Wettbewerb einzugreifen. Der Begriff Schwarzarbeit bezieht sich auf gewerbliche Leistungen oder Lieferungen durch Personen, die ihr Gewerbe nicht ordnungsgemäß angemeldet haben. Der Schwarzarbeiter schädigt nicht nur das organisierte Gewerbe, sondern er hinterzieht auch dem Staat die Steuern und Abgaben, die der ehrliche Gewerbetreibende zu zahlen verpflichtet ist. Meistens ist der Schwarzarbeiter auch noch Doppeldiebener.

Jede Annahme einer Arbeit, auch einer einmaligen, unterliegt dem Anmeldezwang als Gewerbebetrieb bei dem zuständigen Gewerbeamt bzw. der Ortspolizeibehörde. Auch der kleinste Betrieb ist hiervon nicht befreit. Wer eine Anmeldung unterläßt, macht sich strafbar und kann mit großen Ordnungstrafen belegt werden.

Der Schwarzarbeiter ist sich oft nicht bewußt, welchen unangenehmen Folgen er sich durch eine ungesetzhafte Handlungswelt aussetzt; es sei nur auf die mögliche Entziehung von Arbeitslosen-, Wohlfahrts- und sonstigen Unterstützungen hingewiesen, falls er sie künftig wieder beanpruchen sollte. Außerdem sind bei allen bekannt gewordenen Fällen sämtliche Steuern und Abgaben, wie beim angemeldeten Gewerbe, nachzuzahlen.

Erstauslich ist es nun, daß die meisten Volksgenossen annehmen, Schwarzarbeiter gäbe es nur unter den Arbeitern der Kaufi. Jedem ist heute bereits klar, daß z. B. die Ausschaltung des Handwerkers bei der Vergebung von Aufträgen an irgen welchen Gewerbetreibenden Schwarzarbeit ist, und daß er sich damit strafbar macht.

Für die Vergebung von Büro- und Kontoarbeiten, Schreib-, Dienstleistungs- und Adressenschreibarbeiten gelten durchaus die gleichen Grundätze. Wer derartige Aufträge vergibt, muß sich vergewissern, wem er sie gibt. Die Fachgruppe Kaufmännisches Hilfsgewerbe in der NSG Handel der DAF wird diese Schwarzarbeit zusammen mit den zuständigen Industrie- und Handelskammern bekämpfen. Sie ist ferner in allen Gauen zuständig für die Abstellung sozialer Mißstände. Volksgenossen, die von Schreib- und Dienstleistungsbüros Arbeiten als sogenannte Heimarbeiten (wie Adressen-, Notenschreibarbeiten und ähnliche) erhalten, sind durch die umfangreichen Heimarbeitsgesetze geschützt.

Der Steuerzahlende, ehrliche Gewerbetreibende, muß gegen die unfaire Konkurrenz von Schwarzarbeitern geschützt werden, er hat aber auch die Pflicht, im Geiste des nationalsozialistischen Staates seine Gefolgschaft angemessen zu bezahlen und als Betriebsführer den Gemeinschaftsgeist in die Tat umzusetzen.

Wieder Mehl- und Getreidefahnen in Sowjetrußland. Das Volkskommissariat für den Innenhandel gibt eine Vernehmung heraus, derzufolge „der tägliche Verkauf von Mehl, Getreide, Gröhe und Makkaroni gesteuert wird, und zwar nach den früher üblichen Vorschriften“. Nachdem ab 1. Januar d. J. die Waren für die genannten Lebensmittel aufgehoben worden sind, bedeutet diese Verordnung die Wiedereinführung des früher üblichen rationierten Verkaufes. In den letzten Monaten vor der Ernte ist ein Wandel an den genannten Produkten eingetreten, so daß die Regierung zu einer Einschränkung des freien Verkaufes gezwungen ist.

Großfeuer durch Brandstiftung. Am Zentrum der Stadt Warbin ist ein großer Brand ausgebrochen, der über 20 Häuser vernichtete. Der Brand bedrohte auch eine Barade, in der über 200 mandschurische Arbeiter untergebracht waren. Vier Kinder kamen ums Leben, und elf Personen wurden mit teils schweren, teils leichteren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei vermutet Brandstiftung und hat bereits zwei verdächtige Personen in Haft genommen.

Wilde Kampfszenen in einem Negerlokal. Anlässlich der Verhaftung einiger betrunkener Neger in einem Restaurant der New Yorker Vorstadt Mountvernon kam es zwischen den Negern und der Polizei zu wilden Kampfszenen. Zwei Kriminalbeamte waren in das Lokal gerufen worden und wollten einige sinnlos betrunkene Neger verhaften. Als die Kriminalbeamten eben zur Verhaftung freigehten wollten, ging die Menge — über hundert Neger gegen sie vor. Unter einem Hagel von Biergläsern brachen die Beamten zusammen. Sie lie sich wieder aufrichten wollten, wurden sie mit Stühlen erneut niedergeschlagen und mit Fußtritten weiter mißhandelt. Bei Eintreffen eines starken Polizeiaufgebotes griff die Menge nach Rasiermessern, der bekannnten Lieblingswaffe der Neger. Unter Schreien und Zurufen eines Negermädchens, das auf den Tisch gesprungen war und die Neger anfeuernte, nicht die Polizei fürchtlich in hartem stützgebundenen Kampfe zu verfechten, ging die Menge nimmermehr auch gegen das Polizeikommando lässlich vor. Es kam zu wilden Kampfszenen. Erst nach mehreren Verhaftungen konnte die Ruhe wiederhergestellt werden.

Dant des Führers

Dem Führer und Reichskanzler sind auch in diesem Jahre zu seinem Geburtstag aus allen Teilen des Reiches und allen Kreisen der Bevölkerung, besonders auch von Deutschen im Ausland, zahllose briefliche und telegraphische Glückwünsche zugegangen, deren Einzelbeantwortung nicht möglich ist. Der Führer läßt daher auf diesem Wege allen, die seiner in Treue und Anhänglichkeit gedacht haben, seinen herzlichsten Dank übermitteln.

Prüfung der deutschen Note

Um die Absendung der Antwort

London, 24. April. Die deutsche Note, in der gegen die Entschädigung der Berliner Reichsmächte Einspruch erhoben wird, wird von den zuständigen Stellen in London zur Zeit noch geprüft. Die politischen Kreise belouten man entgegen anderslautender Meldungen, daß die englische Regierung noch nicht entschieden habe, welches Verfahren bei der Ermittlung der Abgabe einer Antwort auf die deutsche Note eingeschlagen werden soll. Die in Paris verbreitete Behauptung, wonach in Londoner Regierungskreisen eine Fühungsannahme der Hauptmittelstaaten des Völkerbundes anzuzeigen werde, bevor diese Staaten einseln auf die deutsche Protestnote antworten würden, wird hier weder bestätigt, noch in Abrede gestellt.

Baldwin Ministerpräsident?

Gerüchte von einer Neubildung der englischen Regierung Die der politische Berichterstatter des „Star“ meldet, kommt man jetzt in parlamentarischen Kreisen mit Sicherheit an, daß die Neuwahlen zum Unterhaus noch vor Ablauf des November stattfinden. Als Zeitpunkt für die Neubildung der Regierung, von der in den letzten Wochen mehrfach die Rede war, wird Ende Juli angegeben, d. h. nicht gleich nach Beendigung der Jubiläumfeierlichkeiten. In der Umbildung sollen Ministerpräsident Macdonald, Außenminister Neville Chamberlain, Außenminister Sir John Simon, Arbeitsminister Oliver Stanley und der parlamentarische Unterstaatssekretär des Arbeitsministeriums Hudson betroffen werden.

Die Entscheidung über die Nachfolge Macdonalds, der das Gesundheitsbedürfnis von seinem schweren und weitverbreiteten Amt zurücktreten wolle, liegt, nach Ansicht des „Star“, zwischen Baldwin und Chamberlain. Das Blatt glaubt indes, daß Baldwin die besseren Aussichten habe.

Ob Lloyd George in das Kabinett eintreten wird, dürfte von der Aufnahme abhängen, die seine New Deal-Vorläge, die zur Zeit von den zuständigen Ressorts eingehend geprüft werden, im Kabinett finden.

Die Türkei verlangt Sicherheit

Forderung nach Wiederbesetzung der Dardanellen Istanbul, 24. April Die Zeitung „Milliyet“ greift in einem Leitartikel wiederum die türkische Forderung auf Revision der militärischen Klauseln des Vertrages von Lausanne auf und behauptet, daß die gleichlautenden Klauseln der anderen Vertragsverträge bald der Geschichte angehören werden, und daß es ganz in der Ordnung gewesen sei, wenn der türkische Außenminister in Genf die Ansprüche der Türkei wiederbelebt habe. Man wisse nicht, ob es in der Meeresschiffahrt zu einem Mittelmeer-Vocarno kommen werde. Die Türkei sei sich dessen bewußt, daß die Freiheit der Meeresschiffahrt durch die Meerengen erhalten bleiben müsse, während die Türkei in zwei Teile trennen und daher eine lebenswichtige Angelegenheit für die Türkei darstellen. Die Türkei verlange das Recht, die Meerengen wieder besetzen zu dürfen.

Auch Deine Zähne brauchen jeden Abend Chlorodont!

Vandern flammenden Krähen orientieren, und wie sie weiterwandern, wenn sie an falscher Stelle freigegeben werden. Orientierungsversuche spielen in der Vogelzugforschung jetzt eine wichtige Rolle, und jeder Naturfreund, der entsprechende Beobachtungen macht und in diesem Fall etwas von bunten Graufarben feststellt, kann der Sache dienen. Nachrichten mit genauen Angaben (Ort, Zeit, Zahl, Färbung) erbittet die Vogelwarte Haffslitten, Kurische Nehrung.

*** Delmenhorst.** Am Abend des ersten Overtages wurden die Reisenden einer Abteilung im Zuge Wildeshausen-Bremen Zeugen eines aufregenden Vorfalls. Kurz nach Fuchting fuhr ein junger Mann in die Abteilungs- und überstülpte ein junges Mädchen mit unflätigen Redensarten. Als er von den Reisenden zur Rede gestellt wurde, machte er die Bemerkung: „Ich habe die längste Zeit gelebt“, setzte den Hut ab, zog Rock und Weste aus und sprang, trotz Anstrengung der Mitfahrenden, ihn zu halten, aus dem fahrenden Zuge, der sofort zum Halten gebracht wurde. Der Lebensmüde hat anscheinend keine schwereren Verlegungen davongetragen.

*** Oldenburg.** Die Stadtverwaltung verlangt bei Baugesuchen für Wohnhäuser, daß die Unterbringung einer Kraftwagenhalle berückichtigt wird, auch wenn heute noch kein Bedürfnis dafür vorliegt. Die Stadt nimmt an, daß in den nächsten Jahren mit einer starken Zunahme der Kraftfahrzeuge zu rechnen ist, und daß daher vorsorglich Garagen gesichert werden müssen.

*** Oldenburg.** Die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft hat einen neuen Siedlungsplan entworfen. Es sollen insgesamt 64 Kleinfamilienhäuser in der Umgebung unserer Stadt entstehen, und zwar in Ohmstedde, Oenediel, Bürgerfelde, Bloherfelde und Ahernburg. Für Ohmstedde bzw. Nordorf kommen 14 Siedlerstellen in Betracht, deren jede eine Fläche von 1100 bis 1900 Quadratmetern umfassen wird. — In Oenediel bzw. Alexanderfeld soll die an der Eisenbahnlinie Oldenburg-Wilhelmshaven bereits bestehende Siedlung um 14 Häuser erweitert werden. Hier ist die Größe der Stellen auf 2500 bis 3000 Quadratmeter Land bemessen. Die Häuser werden 3 Zimmer und einen Dachausbau erhalten. — Die Siedlung „Kinderland“ am Jög. Raube Hof mit 16 Einfamilienhäusern wird noch um 16 weitere solcher Häuser erweitert werden. Hier beträgt die Größe des Landes 1100 bis 1200 Quadratmeter. Es bleibt noch Platz für 14 weitere Neubauten, die später ausgeführt werden dürften. In Bloherfelde plant die Altvemann-Stiftung zu den 12 bereits gebauten Häusern für kinderreiche Familien weitere 6 Gebäude mit einer Landfläche von etwa 2500 Quadratmetern. In Ahernburg werden in der Gegend der Dragoner-Kaserne ebenfalls 16 Häuser aufgeführt werden. Dazu bedarf es der Herrichtung einer neuen Straße. Die Gebäude können allerdings nur 600 bis 800 Quadratmeter Gartenland zugebilligt erhalten.

*** Oldenburg.** Nach einer Verfügung des Reichsjustizministers haben bekanntlich bei Gerichtsverhandlungen die in dem betreffenden Verhandlungssaal anwesenden Zuhörer den Richter mit dem deutschen Gruß zu ehren. In der Sitzung einer Strafammer fielen unter den als Zuhörer erschienenen Personen drei auf, die die Hand nicht erhoben. Auch der Aufforderung des dienftunten Oberwachmeisters leisteten die betreffenden keine Folge. Das Gericht verurteilte die drei Personen wegen Ungebühr zu je 3 Tagen Haft und ließ die Großverweigerer alsbald abführen.

*** Oldenburg.** Gefährdung eines Eisenbahntransports. Am 30. Dezember v. J. kam der 49jährige Johann H. aus Brate in seinem Auto nach Oldenburg gefahren, um dort einer Theateraufführung beizuwohnen. Die Schranken beim Bahnhofsübergang am Pferdemarkt vor der Seilengassestraße waren niedergelassen, weil sowohl von Wilhelmshaven als auch von Veer Züge gemeldet waren. H. durchfuhr in schneller Fahrt die nördliche Schranke und kam so zwischen die Gleise. In diesem Augenblick näherte ein Zug heran. Der Schrankenwärter gab ihm das Haltsignal und glücklicherweise gelang es dem Lokomotivführer, den Zug noch eben rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Der Angeklagte erklärte dazu, er habe bei der regnerischen Witterung an sich schon schlecht sehen können und sei durch das niederabgeblendete Licht eines an der anderen Seite des Lieberganges haltenden Autos geblendet worden. Der Schrankenwärter hat ein solches Auto nicht gesehen, wohl aber ein Feuer, der neben H. im Wagen saß. Der Amtsanwalt beantragte unter Berücksichtigung dieses Umstandes nur eine Geldstrafe von 100 RM, und das Gericht hielt eine solche von 60 RM für diese Fahrlässigkeit als angemessen. — Antreue und Unterschlagung beging der 1909 in Angermünde geborene Karl W., der aus der Haft vorgeführt wurde. Er verkaufte aus der Molkerei Hude, wo er beschäftigt war, wiederholt Butter, trug den Verkauf nicht in die Bücher ein und verbrauchte das Geld für sich. Der vorbestrafte Angeklagte suchte sich damit herauszureden, daß er den Butterbestand ebenfalls abgewogen und dann und wann zu viel Butter gegeben hätte. Diese Butter habe er allerdings verkauft und sie nicht eingetragen. Der Molkereiverwalter hat den Angeklagten genau kontrolliert, und festgestellt, daß er mindestens 28 Pfund Butter bzw. das Geld dafür veruntreute. Er habe eine Vertrauensstellung gehabt. Antrag: 6 Monate Gefängnis und 100 RM Geldstrafe, Urteil: 3 Monate Gefängnis und 40 RM Geldstrafe. — Eine empfindliche Strafe zog sich der aus Münster stammende und dort wohnende 27jährige Albert R. zu, der im Januar in Oldenburg zu tun hatte. Dort benahm er sich in allerdings etwas angetrunkenem Zustand derart, daß er aus einem Lokal verwiesen werden mußte, weil er mit dem Keller ein ungebührliches Wortgefecht begonnen hatte. Hernach begab er sich in ein anderes Gasthaus und hatte auch hier bald Streit. Man rief die Polizei zu Hilfe. Als R. sich nicht ausweisen konnte und daher zur Wache gebracht werden sollte, beleidigte er einen Beamten, einem anderen verzeigte er sogar Faustschläge. Für diese Ausschreitungen beantragte der Anklagevertreter eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten. Das Gericht ließ ihn mit 5 Wochen Gefängnis davon kommen.

*** Kayhauserfeld.** Eine mutige Tat vollbrachte hier am Osterjonnabend der 13jährige Hiltlerjunge Sinner Bohr. Er bemerkte, wie in einem sogenannten Dorfpfitt (Vegetation für eine abgegrabene Dorfstelle), das bis an den Rand mit Wasser gefüllt war, ein Kind trieb. Ohne zu zaudern, sprang er hinein, schwamm zu dem treibenden Kinde und holte es ohne fremde Hilfe heraus. Inzwischen waren die in der Nähe wohnenden Leute aufmerksam geworden und herbei geeilt. Es handelte sich um das zweijährige Kind des Landwirts Boer, das sich vom Hause entfernt hatte und in die gefährliche Kuhle geraten war. Der Unfall mußte sich schon vor einer Weile zugegetragen haben. Der jugendliche Retter verlor keine Zeit mit überflüssigen Betrachtungen; während die übrigen rat- und hilflos dabeistanden, stellte er sofort Wiederbelebungsversuche an, genau so wie er es in einem Sanitätskursus der Hiltlerjugend gelernt hatte. Ganz ohne Aufregung, sachlich, korrekt und gewissenhaft machte er das, während der Vater des Kindes schnell zur nächsten Telefonzelle eilte und den Arzt herbeirief. Als Dr. Sydterhoff eintraf, waren die Wiederbelebungsversuche bei dem Kinde bereits von Erfolg gewesen. Er sprach dem mutigen Retter, der durch sein entschlossenes Handeln dem Kinde das Leben gerettet hatte, Lob und Anerkennung für die schöne Tat aus. Wichtig war gewesen, daß sofort planmäßige Wiederbelebungsversuche angestellt wurden, sonst wäre die ärztliche Hilfe, wie Dr. Sydterhoff ausdrücklich erklärte, viel zu spät gekommen. Der Vorfall zeigt, wie wertvoll es ist, daß die Jugend bereits in dieser Weise geschult wird. (A.)

*** Bremen.** Im Rummelparkcamping in Bremen wohnte unter dem Dach ein invalider Orgeldreher bei der Witwe Die, die ihren Sohn bei sich wohnen hatte. Gleichzeitig verkehrte dort ein alter Zuchthäuser Heißhauken, der nicht weniger als zwölfmal vorbestraft ist. Die beiden Leute bekamen Wind davon, daß der Orgeldreher Geld in seinem Zimmer aufbewahrte und beschloßen, sich in den Besitz des Geldes zu setzen. Da aber Heißhauken seiner Vorstrafen wegen fürchten mußte, in Sicherungsverwahrung zu kommen, wenn die Sachansicht kam, sollte ein Bekannter die Diebstahl ausführen. Zum Schmierfischen fand sich ein ebenfalls mit Zuchthaus Vorbestrafter bereit. Die Diebe erbeuteten 560 RM. Die vier Angeklagten erhielten eine Gesamtstrafe von 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren 2 Monaten Gefängnis. Den drei Hauptangeklagten wurden die Ehrenrechte auf die Dauer von 4 Jahren abgeprochen.

*** Norden.** Drei Wanderburschen aus Quisburg, die sich nach Norden verirrt hatten, wollten den viel gepriesenen ostfriesischen See kennen lernen. Sie waren, als sie in ein Geschäft kamen, über den Preis sehr erstaunt. 1 RM für ein Viertelpfund ist doch viel Geld, dachten sie, und kurz entschlossen ließ man ein Päckchen „mitgehen“. Aber sie hatten Recht, denn das Päckchen war eine Packung, mit Sägemehl gefüllt. Der Diebstahl wurde der Polizei gemeldet. Es gelang auch, die Täter in der Nacht zum Sonntag zu ermitteln. Sie wurden in der Jugendherberge angetroffen und aus dem Schlaf gestört. Bis zum frühen Morgen mußten sie sich die Vernehmungen auf der Polizeiwache gefallen lassen, bis sie sich endlich zu einem Geständnis bequamen.

*** Hannover.** Auf dem Bahnhof in Magdeburg hatten sich ein Wiener, ein Tscheche und ein Pole zusammengefunden, die große Lust hatten, nach Hannover zu fahren, aber nicht über das erforderliche Geld verfügten. Der Vorschlag des einen von ihnen, den Weg auf Schusters Rappen zurückzulegen, fand nicht den Beifall der anderen. Dann beschloß man, als „blinde Passagiere“ mit der Eisenbahn zu fahren, und zwar wollte man einen D-Zug benutzen, weil man der Ansicht war, daß diese Züge nicht so scharf kontrolliert würden wie die Personenzüge. Man löste sich von Bahnsteigarten, bestieg einen Personenzug, kletterte aber auf der anderen Seite wieder hinaus, als man dort einen D-Zug erblickte. Eilig krochen alle drei in ein leeres Hundeabteil und preßten sich dicht aneinander, denn der Naam war eng. Als der Zug sich in Bewegung setzte, hielt einer der „Reisenden“ die Tür des Abteils halb geöffnet mit der Hand fest, um frische Luft hineinzulassen. Auf der Hälfte der Fahrt aber erzielte sie ihr Schicksal in Gestalt eines Fern-D-Zuges, durch dessen Luftzug die Tür des Abteils zugeschlagen wurde. Die Burschen waren nun gefangen, denn so sehr sie sich auch bemühten, die Tür ließ sich von innen nicht öffnen. Die Luft wurde knapp und die Jnsassen kamen in Gefahr, zu erstickten. Ein Arbeiter, der in Hannover an dem Zuge entlang ging, vernahm aus dem Hundeabteil Geräusche, öffnete das Abteil und fand die drei blinden Fahrgäste, von denen zwei schon bewußlos waren. Zwei von ihnen brachte man zur Polizei, der dritte, der Pole, entkam. Wegen Fahrgeldhinterziehung begangen die beiden Quartier im Gerichtesängnis.

*** Hannover.** Die Reichsbahn hatte durch Auflegen von Dezember 1934 bis März 1935 durch Auflegen von „Spendenkarten für das Winterhilfswerk 1934/35“ an den Fahrkartenschaltern allen Reisenden die Möglichkeit gegeben, mit dem Lösen der Fahrkarten zugleich eine Spendenkarte zu 10 Pfg. zu erwerben. Daß dieser Gedanke glücklich war, zeigte der Erfolg, der in dieser Zeit im Bezirk der Reichsbahndirektion Hannover erzielt wurde. Nicht weniger als 69 255 Karten mit einem Erlös von 6925,50 RM wurden verkauft. Das beste Ergebnis wurde im Dezember 1934 mit annähernd 25 000 verkauften Fahrkarten erzielt. Die hervorragenden beteiligten Fahrkartenschalter erhielten von der Reichsbahndirektion als Anerkennung für ihre weitere Mitarbeit beim Winterhilfswerk das Buch des Führers und Reichstanzlers Adolf Hitler „Mein Kampf“.

*** Lüneburg.** Zur Zeit werden noch jährlich für 20 bis 40 Millionen RM Rohharze aus dem Ausland eingeführt, während in unseren deutschen Wäldern das Harz bislang ungenutzt zur Erde tropft, weil man glaubte, es lohne sich nicht zu sammeln. Auf dem Gebiete der Harzgewinnung wurden aber jetzt Fortschritte gemacht, und schon im letzten Jahre konnten in Deutschland 200 000 Kilo Harz gewonnen werden. Angewandt wird ein Verfahren von Prof. Hill, Forstassessor Leute und Harzmeister Schwed. Es liefert ohne Verschäbigung des

wertvollen Holzes oder Beeinträchtigung des Baumwachstums wesentlich bessere Erträge, und zwar wird es nur bei Bäumen angewendet, die im Laufe der nächsten fünf Jahre abgeholzen werden. In einigen niederländischen Wäldern wurde das Verfahren bereits benutzt, und es soll demnächst auch in der Lüneburger Heide eingeführt werden. Die Arbeit wird unter Heranziehung des Arbeitsdienstes ausgeführt. Von den etwa 350 Stämmen eines Gebietes werden ungefähr 400 bis 500 Kilo Rohharz geerntet. Auch besteht die Möglichkeit, das dunkle Holz der Kiefern stubben zur Harzgewinnung nutzbar zu machen.

Drud und Verlag: L. Birt, Elsfleth, Hauptgeschäftsstelle
H. Birt, Elsfleth, Verantwortlicher Anzeigenleiter
H. Birt, Elsfleth, DM III 35: 539.
Zur Zeit ist Preisliste Nr. 2 gültig.

Bekanntmachung

Der Wasserverband Elsfleth-Brate zählt bis auf weiteres Jedem, der als Erster einen tatsächlichen Rohrschaden an den Wasser-Haupt- und Anschluß-Leitungen bis an die Hausmauer bei dem Stadtmarkt in Elsfleth oder Brate meldet, eine Prämie von RM 2.00. Diese Prämie wird dem Melgenden nach Beseitigung des Rohrschadens durch Aufforderung zugestellt.

Wasserverband

Kopfsalat täglich frisch

Gartenanbaubetrieb Fr. Orth, Fernsprecher

Gesucht auf sofort für

Geschäftshausbau ein junges

Mädchen

Zu melden bei

Frau W. Rohrmann

Zum Großreinemachen

empfehle sämtliche Bürsten

und Besen (Arbeit eigener

Werkstatt wie auch gestanzt)

Wasch-, Putz- u. Scheuermittel

Korbwaren u. Möbel billig u. gut

Achtung! Beliefere keine Ver-

treter oder Hausierer!

Joh. Onken



Außerordentliche

Haupt-Versammlung

Freitag, den 26. April,

20 Uhr, im Bootshaus

1. Satzungsänderung

2. Aufnahmen

3. Sommerprogramm

4. Verchiedenes

Der Vereinsführer

Bargmann hat alle Schulfächer

Abgeschlossen

Oberwohnung

eventl. auf sofort zu vermieten

Steinfstraße

Kriegerkameradschaft Elsfleth

Kameradschafts-Apparat

am Sonntag, d. 28. April,

abends 8 1/2 Uhr, bei

Der Kameradschafts-

Elsfleth

Schützenverein

Heute nach dem Schießen

20 Uhr

Versammlung

1. Schützenfest

2. Schießangelegenheiten

3. Verchiedenes

Der Vereinsführer

Wir haben uns verlobt

Irmgard Kunkel
Erich Schulze

Elsfleth-Weser

Winterburg-Rhld.

Ostern 1935

Ihre Vermählung geben bekannt

Georg Muhl und Frau
Henny geb. Juchter

Elsfleth, Ostern 1935

Gleichzeitig danken wir herzlichst für erwiesene

Aufmerksamkeiten

Am 18. April entschlies unerwartet durch Herzschlag,
mein lieber Mann, mein guter Vater

Kapitän Albert Fredersdorf

Kapitänleutnant der Reserve,
Inhaber des Eisernen Kreuzes I. und
II. Klasse und des Ehrenkreuzes für
Frontkämpfer

im Alter von 53 Jahren.

In tiefer Trauer

Silba Fredersdorf geb. Ponsilius
Heinz Fredersdorf

Königsberg (Pr.), den 20. April 1935